

Staatsarchiv

Hamburg

Signatur

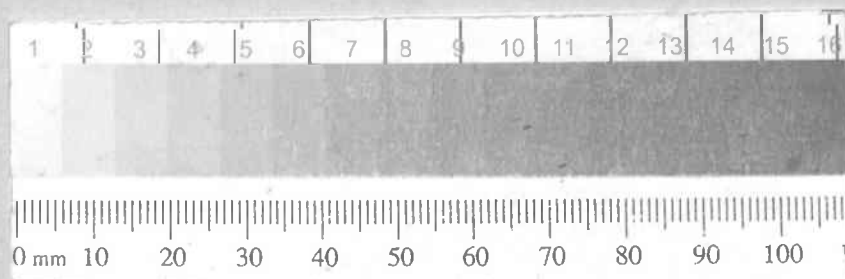
314-15 Str 724

STAATSARCHIV HAMBURG

314 - 15

Oberfinanzpräsident

St 724



Hamburg, 18. Oktober 1940.

1

Der Jude Arthur Israel Menke betreibt seine Auswanderung nach U. S.A.- Zu den Gegenständen, die er mitzunehmen beabsichtigt, gehört auch eine Kunstsammlung, deren heutiger Wert nach einer Schätzung des Sachverständigen Karl Heumann ca. RM 100.000.--beträgt.

Maßgebend für die Mitnahme ist der AVE. 85/40. Hierin heisst es, dass, wenn der Altbesitz als nachgewiesen anzusehen ist, die Mitnahme oder Versendung auch dann ohne Dego-Abgabe zu genehmigen ist, wenn es sich um Sachen von hohem Wert handelt. Bei Teppichen, Kunstgegenständen und ähnlichen hochwertigen Sachen ist jedoch Neu-
besitz anzunehmen, wenn bei Anlegung eines strengen Maßstabes die Tatsache des Altbesitzes nicht einwandfrei nachgewiesen wird.

Sowohl Herr Menke als auch Frau Menke erklärten an Amts-
stelle wiederholt, dass es sich bei den Gegenständen der Kunstsamm-
lung um Altbesitz handle, und in den eingereichten Umzugsgutlisten ist als Zeitpunkt der Anschaffung "vor 1933" angegeben.

Die Eheleute Menke gaben an, dass sie Rechnungen über die Anschaffungen nicht vorlegen könnten, was um so weniger glaubhaft erscheint, als Menke (früherer Inhaber der Fa. Menke & Busse) als vorsichtiger Händler bekannt ist (in seiner Branche als auch beim Kauf von Kunstgegenständen)- und sicherlich nicht fortgesetzt Sachen von hohem Wert ohne jeden Beleg, Quittung etc. erworben hat.

Auch dem Gerichtsvollzieher Viemann gegenüber, der das Umzugsgut des Menke besichtigte, wurde der Eindruck aufrecht erhalten, dass es sich ausschliesslich um Altbesitz handle. Viemann sagt in seinem Bericht vom 5.8.40: "Rechnungen konnten mir nicht vorgelegt werden". -

Menke wurde dann von hier vorgeladen zwecks endgültiger Klärung des Altbesitznachweises seiner Kunstsammlung. Für Menke erschien an Amtsstelle der Syndikus Dr. W. Ploss, der den M. in Steuer-angelegenheiten vertritt. Dr. Ploss erklärte ebenfalls, dass Belege über den Kauf der Kunstgegenstände etc. nicht vorhanden seien. Bei der Verhandlung stellte sich heraus, dass Menke wegen seiner Kunst-sammlung bereits mit dem Finanzamt Hamburg-Nord eine Auseinanderset-zung gehabt hatte. Aus steuerlichen Gründen war vom Finanzamt eine Schätzung der Kunstsammlung gefordert worden, da M. dem Finanzamt gegenüber den Wert der Sammlung zu niedrig angegeben hatte (unter RM 50.000.--). Um Klarheit zu gewinnen, forderte ich die diesbezüg-lichen Akten beim Finanzamt Hamburg-Nord an. Nach Durchsicht der Akten ergab sich, dass die Angaben des Ehepaares Menke, dass es sich bei den Gegenständen der Kunstsammlung ausnahmslos um Altbesitz handle

Südafrika

Allgemeine Erlasse

My 5/2

Neu Reg. mit der die an den Grund
die für die Erhaltung der
Vertrag zu der, sonst keine
Kann. Man die die den
Berg- Abzug von. vorgeschlagen.

12.11

2

und dass keine Rechnungen, Belege über An- und Verkauf etc. vorhanden seien, bewusst erlogen waren, um durch die gemachten falschen Angaben eine Mitnahme der Kunstsammlung anlässlich der Auswanderung zu ermöglichen.

Ich verweise auf die Ermittlungsakte O 2011 -2255 I/g des Finanzamts. In der mündlichen Verhandlung vom 7.4.38 erklärte Menke:

"Aufzeichnungen über meine An- und Verkäufe von Antiquitäten besitze ich nur noch ab 1937. Für die Vorjahre habe ich keine Aufzeichnungen mehr."

Menke hat also noch, entgegen seinen heutigen Angaben, ab 1937 Kunstgegenstände gekauft und verkauft. Er war ja auch dem Finanzamt gegenüber verpflichtet, zwecks genauer Veranlagung zur Vermögenssteuer, entsprechende Belege aufzubewahren.

In der mündlichen Verhandlung vom 13. April 38 (Bl.25) wurde Menke vorgehalten, dass bei der Durchsicht seines Schliessfaches bei der Dresdner Bank 4 Hefte vorgefunden wurden, welche die Schätzung des verstorbenen Professors Sauerland enthielten, der den Wert der Sammlung auf RM 239.975.-- bezifferte. Ausserdem wurde aber noch ein 5. Heft vorgefunden, welches die Neuerwerbungen ab 1. Januar 1933 (s.Bl. 26) enthält. Die Zugänge 1933 und 1934 belaufen sich nach diesem Heft auf RM 11.191, 50. - Es handelt sich hier also um einwandfreien Neubesitz im Sinne des RE. 49/39 vom 17.4.39, der von Menke in seiner Liste unbedingt als solcher hätte bezeichnet werden müssen.

Es ist weiterhin mit grosser Bestimmtheit anzunehmen, dass Menke gerade in den Jahren 1935 - 1937 im Hinblick auf eine spätere Auswanderung erhebliche Neuanschaffungen gemacht hat.

Da der Altbesitznachweis, wie er im AvE.85/40 (zu Nr.I Altbesitz) gefordert wird, nicht erbracht ist, kann eine Genehmigung zur Mitnahme der Sammlung von hier aus nicht erteilt werden.

- 2) an Gruppe I zur weiteren Veranlassung wegen der oben geschilderten falschen Angaben des Ehepaars Menke und des Dr.Ploss, die auf Erschleichung einer Mitnahmegenehmigung abzielten.

Handwritten notes:
Kaufobj: für Kaufman & wof. vps Menke
bereits im Jahr 1934 wegen falscher
Ansetzung am Vermögensbeilagen mit
einem Geldbetrag von RM 3.500.- befreit
worden ist. (Mafakt 16 F.A. 138/1934)
Th.

I.A.

19.
28/10.

El Salvador

Allgemeine Erlasse

Private Verrechnungsgeschäfte.

I 4

103/36 D.St. v. 8. 9. 36

128/36 Ue.St. Dev.B 5/45273/36

Dr. iur. Wilhelm Ploß
Syndikus

Fernsprecher: 24 32 33
Bankkonto: Hamburgische Landes-
bank - Girozentrale - Bergstraße 16

Hamburg 1, den 26. Oktober 1940
Kirchenallee 25 (Textilhaus)

An den
Herrn Oberfinanzpräsidenten,
Devisenstelle,

Akt. Z. A.B. 122/39
Dr. Pl. / A.

H a m b u r g 11
Gr. Burstah 31



Betr. Sachgebiet U 15 - Nr. 2352/39
Arthur Israel Menke, Hamburg 39 - Willistr. 3

Zu obiger Angelegenheit, zu deren Bearbeitung ich die Ausnahme-
Genehmigung des Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom
8.1.1940 besitze, gestatte ich mir, der Devisenstelle folgendes
ergebenst zu unterbreiten:

Bei meiner letzten Besprechung auf der Devisenstelle ist mir
mitgeteilt worden, dass die Akten an die Rechts-Abteilung abge-
geben worden sind. Ich habe den Eindruck, als ob die Eröffnung
eines Strafverfahrens zu befürchten steht, weil Differenzen be-
stehen bei der Festsetzung des Altbesitzes.

Um ärgeres zu verhüten, darf ich darauf aufmerksam machen, dass
ich im Auftrage des Herrn Menke der Devisenstelle die Unterlagen
zur Scheidung zwischen Altbesitz und Zukauf unterbreitet habe.
Ich habe im Sinne dieser Besprechung Feststellungen bezüglich
Alt- und Neubesitz getroffen und bin somit in der Lage, die er-
forderliche Auskunft zu erteilen.

Bei Prüfung der Angelegenheit bitte ich zu berücksichtigen, dass
von Seiten meines Auftraggebers Aufklärung in dieser Hinsicht
angeboten wurde, bevor von Seiten der Devisenstelle irgendwelche
Ermittlungen angestellt worden sind..

Ich bitte, die Angelegenheit wieder in den normalen Geschäftsgang
zur Behandlung kommen zu lassen.

*nach der Vfg. Z/1 vom 14. 10. 39/10. 1. 40
Wicht. Daher gemacht
1. An Z/1 zur Bearbeitung,
2. An 11/15 zu Repn. mit F.
11/16 geh.*

29. 11. 40

Menschen!

21.

31.10.40.

Jüterbog am 15:

Sie von Dr. P. am 18.10.39 gestellte Forderung
i. B. über Personal Wenke ist am 30.11.39 ent-
schieden abgelehnt worden. Bei der von P. vorgelegten
gesamten Genehmigung des Offiz. Ausb. am 8.1.40
wird es sich herausstellen, dass eine der Dr. P. unzulässige
Forderung für Wenke besteht.

Dr.
H.

Der OFPräs.
Dev.Stelle

1.November 1940.

4

Mit Postzustellungsurkunde !

- 1) a) Herrn Arthur Israel Menke, Hamb.39, Willistr.3
b) Dr.jur.Wilhelm Ploß, Hamb.1, Kirchenallee 25

R 16

581/40

In dem Ermittlungsverfahren gegen Sie ersuche ich Sie,
am Dienstag, dem 5.November 1940, vormittags 10¹/₂ Uhr, auf
meiner Dienststelle Grosser Burstah 31, Obererdtgeschoss (Zim-
mer 47, Anmeldung Zimmer 45), zu erscheinen. Diese Ladung
ist mitzubringen.

- 2) rote Akte anlegen, soweit Blätter paginiert
3) zurück an R 16

I.A.

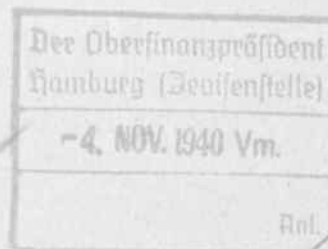
über die Zustellung eines mit Dienststempel verschlossenen mit
nebenstehender Aufschrift versehenen Briefes.

Geschäftszeichen: R 16-581/40

Herrn

Dr. jur. Wilh. Ploß,
Hamburg 1,
Kirchenallee 25.

Hierbei ein Vordruck zur Zustellungsurkunde
Vereinfachte Zustellung



Den vorstehend bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteten zu
heute hier — zwischen — Uhr und

Uhr	mittags [Zeitangabe nur auf Verlangen] — [Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzel- firmen, Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher]	[Vordruck für die Zustellung an Behörden, Gemeinden, Korpo- rationen und Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.).]
1. An den Empfänger oder Vorsteher oder in Person.	dem — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname): Wilh. Ploß selbst in — der Wohnung — dem Geschäftslokal übergeben.	dem — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — ver- tretungsberechtigten Mitinhaber — in Person in — der Wohnung — dem Geschäftslokal — übergeben.
2. An Gehilfen, Schreiber, Beamte usw.	da ich in dem Geschäftslokal den — Emp- fänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname): selbst nicht angetroffen habe, dort de — Gehilf- — Schreiber — übergeben.	da in dem Geschäftslokal während der gewöhnlichen Geschäftsstunden a) der angetroffene — Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungsberechtigte Mitinhaber — an der An- nahme verhindert war, b) der Vorsteher — gesetzliche Vertreter — vertretungs- berechtigte Mitinhaber — nicht anwesend war, dort dem beim Empfänger angestellten übergeben.
3. An a) ein Familien- mitglied, b) eine dienende Person.	da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname): selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachse- nen Hausgenossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohn — der Tochter übergeben. b) de in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.	da kein besonderes Geschäftslokal vorhanden ist und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber — in der hiesigen Wohnung nicht selbst angetroffen habe, dort a) dem zu seiner Familie gehörenden erwachsenen Haus- genossen, nämlich — der Ehefrau — dem Ehemann — dem Sohn — der Tochter übergeben. b) de in der Familie dienenden erwachsenen übergeben.
4. An den Hauswirt oder Vermieter.	da ich den — Empfänger — Firmeninhaber (Vor- und Zuname): selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehö- renden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in demselben Hause wohnenden Hauswirt Vermieter nämlich de de zur Annahme bereit war, übergeben.	da kein besonderes Geschäftslokal vorhanden ist und ich den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter — vertretungsberechtigten Mitinhaber — in der Wohnung nicht angetroffen habe, auch die Zustellung an einen zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen oder an eine in der Familie dienende erwachsene Person nicht ausführbar war, de in demselben Hause wohnenden Hauswirt — Vermieter —, nämlich de de zur Annahme bereit war, übergeben.

5. Verweigerte Annahme.
(Kommt nur in den Fällen 1, 2
und 3 in Betracht).

Da die Annahme des Briefes verweigert wurde — und der Empfänger hier weder eine Wohnung
noch ein Geschäftslokal hat —, habe ich den Brief am Orte der Zustellung zurückgelassen.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlage des zugestellten Briefes vermerkt.



Postzustellungsurkunde
vollzogen zurück

an den

Oberfinanzpräsident Hamburg
(Devisenstelle)

in

Hamburg 11

Den vorseitig bezeichneten Brief habe ich in meiner Eigenschaft als Postbediensteter zu
heute hier — zwischen — Uhr und

Uhr mittags (Zeitangabe nur auf Verlangen) —

[Vordruck für die Zustellung an Einzelpersonen, Einzel-
firmen, Rechtsanwälte usw. (Nur gültig bei Durchstreichung
der Zustellungsvermerke auf der vorstehenden Seite.)]

[Vordruck f. d. Zustellung a. Behörden, Gemeinden, Korporationen,
Vereine (einschl. der Handelsgesellschaften usw.) (Nur gültig bei
Durchstreichung d. Zustellungsvermerke auf d. vorstehend. Seite.)]

6. Nieber-
legung.

da ich den — Empfänger — Firmeninhaber
(Vor- und Zuname):
selbst in der Wohnung nicht angetroffen habe
und die Zustellung weder an einen zur Familie
gehörenden erwachsenen Hausgenossen noch an
eine in der Familie dienende erwachsene Person
noch an den Hauswirt oder Vermieter aus-
führbar war,

auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zu

niedergelegt.

bei der Postanstalt zu

niedergelegt.

bei dem Gemeindevorsteher zu

niedergelegt.

bei dem Polizeivorsteher zu

niedergelegt.

Eine schriftliche Mitteilung über die Niederlegung ist
unter der Anschrift des Empfängers
— in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise ab-
gegeben worden.

— einer in der Nachbarschaft wohnenden Person zur
Weitergabe an den Empfänger ausgehändigt worden.
— an der Tür der Wohnung des Empfängers befestigt
worden.

Die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen
Weise war nicht möglich.

da kein besonderes Geschäftslokal vorhanden ist
und ich auch den — Vorsteher — gesetzlichen Vertreter —
vertretungsberechtigten Mitinhaber —

in der Wohnung
nicht angetroffen habe, und die Zustellung weder an einen
zur Familie gehörenden erwachsenen Hausgenossen
noch an eine in der Familie dienende erwachsene
Person noch an den Hauswirt oder Vermieter aus-
führbar war,

auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts zu

niedergelegt.

bei der Postanstalt zu

niedergelegt.

Bei dem Gemeindevorsteher zu

niedergelegt.

bei dem Polizeivorsteher zu

niedergelegt.

Eine schriftliche Mitteilung über die Niederlegung ist unter der
Anschrift des Empfängers
— in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise abgegeben
worden.

— einer in der Nachbarschaft wohnenden Person zur Weiter-
gabe an den Empfänger ausgehändigt worden.
— an der Tür der Wohnung des Empfängers befestigt worden
Die Abgabe in der bei gewöhnlichen Briefen üblichen Weise
war nicht möglich.

Den Tag der Zustellung habe ich auf dem Umschlage des zugestellten Briefes vermerkt.

R 16-581/40.

1) Vermerk:

Auf Vorladung erschienen Herr Menke und
Herr Dr. Ploß *am 5. 11. 40.*

a) *Zu* Erst wurde Herr Menke zu dem Verdacht der
Genehmigungserschleichung vernommen. Er gab an, dass
die Umzugsgutsliste mit dem Vermerk, dass sämtliche
Sammlungsgegenstände vor 1933 angeschafft worden seien,
von einem gewissen Eckel angefertigt worden sei und
dass er sich nicht darum gekümmert habe, welches An-
schaffungsdatum Eckel eingesetzt habe, da E. über die
ganzen Verhältnisse orientiert gewesen sei. Herrn
Menke wurde entgegengehalten, dass diesen Angaben kein
Glauben geschenkt werden könne und dass er sich mit
einem Versehen des Eckel nicht herausreden könne. Nach
den mit Auswanderern gemachten Erfahrungen könne auch
nicht Fahrlässigkeit angenommen werden, sein Handeln
müsse vielmehr als vorsätzlich angesehen werden. Men-
ke machte noch einige Einwendungen, war aber schliess-
lich bereit, sich einer Strafe von RM 20.000,-- (10.000
anstelle einer an sich verwirkten Gefängnisstrafe von
2 Monaten und RM 10.000,- Geldstrafe) zu unterwerfen,
wenn er dann seine Sammlung mitbekommen könne. Ich
habe ihm erklärt, dass über die Mitnahme von mir nicht
entschieden werde, dass ich aber, wenn die Strafe be-
zahlt sei, gegen die Mitnahme keine Bedenken zu erhe-

ben hätte.

Mit Rücksicht darauf, dass nach der Steuer-Akte die nach 1939 angeschafften Sachen höchstens RM 10.000,-- wert sind, mithin der Grundstock der Sammlung Altbesitz ist, scheint es angebracht, bei F die Mitnahmegenehmigung zu er-
vgl. Nachsatz wirken, wenn Menke die Strafe bezahlt hat. Von einer Einziehung der betroffenen Teile der Sammlung wird zweckmässigerweise Abstand genommen, da die Verwertung solcher Gegenstände auf Schwierigkeiten stößt und zu nennenswerten finanziellen Ergebnissen nicht führen dürfte. Menke will am Freitag, dem 8.11.40 wieder erscheinen, um sich endgültig zu erklären und um sich gegebenenfalls zu unterwerfen .

b) Dr. Ploß wurde in Gegenwart von OStI. Brüchmann befragt, auf Grund welcher Genehmigung er für Menke aufgetreten sei. Er erklärte, dass er vom Oberfinanzpräsidenten Hamburg eine Ausnahmegenehmigung erhalten habe, musste aber auf Vorhalt einräumen, dass es sich nur um solche für steuerliche Beratung handele. Vorlegen konnte er die Genehmigung nicht, da er sie angeblich vergessen hatte. Dr. Ploß wurde das Schreiben Z 1 vom 30.11.1939 vorgehalten, mit welchem ihm die Bearbeitung des Falles Menke ausdrücklich untersagt worden ist. Hierauf wusste Ploß nichts zu erwidern. Auf Befragen erklärte er, dass Herr Menke über dieses

7

Verbot unterrichtet gewesen sei. Menke dagegen hatte bei seiner unter a) geschilderten Befragung angegeben, dass Dr. Ploß ihm keine Mitteilung von dem Verbot gemacht, sondern ihn auf seine Genehmigung zur steuerlichen Beratung hingewiesen habe. Im übrigen sei Dr. Ploß sein Generalbevollmächtigter.

Dr. Ploß wurde noch einmal der Fall Collins (Schreiben Z1 vom 11.1.1940) und der Fall Käthe de Wind vorgehalten. Im zweiten Falle hat Ploß für die Jüdin de Wind einen Transfer-Antrag an die Handelsabteilung der Niederländischen Gesandtschaft zur Weitergabe an den Reichswirtschaftsminister gerichtet. Auch hierin muss eine Umgehung der Vertretungsbefugnis erblickt werden.

Herr Dr. Ploß vermochte gegen alle Vorhaltungen sachlich nichts einzuwenden, er bat nur, diesmal noch von einer strafrechtlichen Verfolgung abzu-
sehen. Im Einvernehmen mit OStI. Brüchmann wurde ihm erklärt, dass dies nicht geschehen könne und dass die Sache zur weiteren Behandlung an die Staatsanwaltschaft abgegeben werden würde.

Mei Repsp. mit AbJ Busc ergab, dass das
Strafverfahren nicht zum Verbot der Kapitaltrans-
feren wird. Allerdings habe er die Sache
nicht, da eine Beso- Abgabe erhoben
werden soll, nun den in der Mitteilung der
Sammlung wegen des Kapitaltransfers am gleichen.

[Signature]
37

Der Oberfinanzpräsident
— Devisenstelle —

Hamburg 11, den 6. Nov. 1940
(Gr. Burstah 31 „Hindenburghaus“ / Fernsprecher: 36 10 03)
(Abfertigungszeit werktags 9-13 Uhr).

Im Schriftwechsel anzuverben:

Sachgebiet: K 16

Nr.: 581/40

Alt.:

Firma / Herrn / Frau / Frä.

4. Dr. iur. W. Rief
Hamburg

Kirchenallee 25

Betr.:

kurz. Hmb. priv. Aktien

Hiermit ersuche ich Sie - ~~einen Ihrer Geschäftsführer oder~~
~~einen mit der vorgenannten Angelegenheit vertrauten Bevollmäch-~~
~~tigten~~ -, am Freitag, den 8. Nov. 1940 um 11 Uhr in meiner
Dienststelle, Gr. Burstah 31, ~~Steck~~ Zimmer 45 vorzusprechen.
Dabei sind folgende Unterlagen mitzubringen:

Diese Sachz. und die Annahmegerückungen von
8. 1. 40. zu sollen zur Protokollierung kommen.

Im Auftrag

4. R. 16 zelt.

[Signature]

ab G. H.

Dr. Pfls ist bereits einer
Kommunikation mit dem
Büro wieder

Vorgelassen auf *My Str.*
Do, 14. XI. 20, 10¹/₂ Uhr.

My Str.
20.

Der Oberfinanzpräsident Hamburg
Devisenstelle

Hamburg 11, den 8. November 1940.
Gr. Burstah 31 (Hindenburghaus) Fernruf: / 36 10 03

R 16 Geschäftszeichen:
Str.-Nr. R 16
29/40

Unterwerfungsverhandlung

Gegenwärtig:
am. Weiffenbach

als Verhandlungsleiter

— als Schriftführer. —

Genehmigt.

Hamburg, den 8. November 1940

Der Oberfinanzpräsident Hamburg
(Devisenstelle)

Im Auftrag

(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

In der Devisenstrafsache gegen

Lithur Israel Menke

(Stand, Vorname, Name, Anschrift)

Hamburg 39, Willst. 3

erscheint — d. e. Beschuldigte — für d. Beschuldigte unter

Bezugnahme auf die Vollmacht vom 19

(Bl. d. A.) d.

(Stand, Vorname, Name, Anschrift)

I. Der Erschienenen wird eröffnet, daß — ih — der
Beschuldigten — zur Last gelegt wird, sich der zu II B bezeichneten
Devisenzurückhandlung schuldig gemacht zu haben.

II. Der Erschienene erklärt:

A. Zur Person d. Beschuldigten:

Familienname (bei Frauen Geburtsname):

Menke

Vornamen (Rufname unterstreichen):

Lithur Israel

Tag, Monat und Jahr der Geburt:

7. 7. 1877

Geburtsort (Gemeinde, Stadtteil):

Gifhorn

Verwaltungsbezirk (Kreis usw.):

Gifhorn

Landgerichtsbezirk:

Hildesheim

Staat:

Preußen

Familienstand: — ledig — Verheiratet — verwitwet — geschieden —

Vor- und Familien- (Geburts-) Name des (ggf. früheren) Ehegatten:

Johanna Sara geb. Freund

Vor- und Familienname des Vaters:

Dagobert Menke

Vor- und Geburtsname der Mutter:

Adolfine geb. Ostwald

Stand (Beruf) des Beschuldigten:

Kleinrentier, früher Kaufmann

— ihres Ehemannes —

Wohnort (ggf. letzter Aufenthaltsort):

Hamburg 39

Straße und Hausnummer:

Willst. 3

Staatsangehörigkeit:

Danisches Reich

— Jude —

Heimatgemeinde:

Heimatbezirk:

Anzugeben bei Schweizern, Slowaken und Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen u. Mähren sowie bei ehemals österreichischen Staatsangehörigen, die durch die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich die Deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben

Mitgliedschaft bei der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden (Ortsgruppe usw., Mitgl.:

Nr., Eintrittstag, Dienstgrad):

Vorstrafen:

NV vom 25. i. 34 - Geldstrafe RM 3500.- wegen
Kassas gegen § 413 St. B.

B. Zur Sache:

— Ich räume — ~~D~~ ^{ich} Beschuldigte räumt — vorbehaltlos ein:

Schon seit dreissig Jahren sammle ich Kunstgegenstände usw. Der Grundstock meiner Sammlung bestand bereits vor dem Jahre 1933. Nach 1933 habe ich nur wenige Sachen angeschafft, deren Wert sich zusammen mit dem unterdessen abgelieferten Silber auf etwas über RM 11000,-- beläuft. Obwohl dieser, wenn auch kleine Teil der Sammlung nach 1933 angeschafft worden war, habe ich in meinen Umzugs-
gutslisten die gesamte Sammlung als vor 1933 angeschafft aufgeführt, um die Genehmigung zur Versendung zu erhalten. Es hat mir jedoch ferngelegen, dass Deutsche Reich in irgend einer Weise zu schädigen. Die Liste ist in meinem Auftrag von einem gewissen Ekel angefertigt worden und ich habe versäumt, sie mir genau genug anzusehen.

Ich bin mir darüber klar, dass mir auf Grund der eingereichten Liste eine Genehmigung zur Mitnahme der ganzen Sammlung erteilt worden wäre, obwohl ich für die nach 1933 angeschafften Sachen eine solche nicht erhalten kann.

Ich bin über folgendes unterrichtet: Die Unterwerfung wird wirksam, wenn sie binnen 3 Monaten durch die zuständige Stelle genehmigt wird; jedoch — bin ich — ist ~~der~~ ~~die~~ ~~Beschuldigte~~ — schon jetzt bis zum Ablauf der 3 Monate an die vorstehenden Erklärungen gebunden, es sei denn, daß die zur Genehmigung berufene Stelle die Genehmigung vorher versagt. Nach der Genehmigung steht die Unterwerfung einer rechtskräftigen Verurteilung gleich. Gegen die Straffestsetzung ist weder ein Rechtsmittel gegeben noch Antrag auf gerichtliche Entscheidung zulässig.

V. Auf den zu III Absf. genannten Betrag von insgesamt RM Pf.
— ist noch nichts gezahlt — sind bereits RM Pf.
bei dem Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus in Hamburg — zu VerbB.
— eingezahlt. —

— Der ~~u~~ Beschuldigten wird hiermit aufgegeben, den noch nicht entrichteten

Betrag von 8. Dez. u. 1940 20.000,- RM — Pf.
— bis zum 15. Januar 1940 — in folgenden Teilbeträgen:
bis zum RM Pf., —
— weiter — monatlich — wöchentlich —
bis zum RM Pf.,
bis zum RM Pf., —

bei dem Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus, Hamburg 8, Theerhof 1 (Postcheckkonto Hamburg Nr. 139 01, Reichsbankgirokonto Hamburg Nr. 121) einzuzahlen. —

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung wird die Zwangs- und Strafvollstreckung gemäß § 91 des Devisengesetzes, §§ 325 ff., 459, 470 der Reichsabgabenordnung wegen des ganzen alsdann noch geschuldeten Restbetrages eingeleitet werden.

Ich Erschienene bittet, — ich — de Beschuldigten — Abschrift dieser Verhandlung zu übersenden.

TRAFFERTEINRECHENUNG u. KOSTEN B 9/40
Gammelmüller

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben

W. J. J. J. J.
(Vor- u. Familienname, bei Frauen auch Geburtsname)

Geschlossen

W. J. J. J.
(Unterschrift, Dienstbezeichnung)

Verhandelt in der Devisenstelle Hamburg
am 8. November 1940.

Gegenwärtig:

Ass. Weiffenbach. Auf Vorladung erschien der Jude Arthur Israel
als Verhand- M e n k e und erklärt auf Befragen folgendes:
lungsleiter.

-VA. Finkler
als
Schriftfüh-
rerin.

A. zur Person:

Familienname: M e n k e
Vornamen: Arthur Israel

Tag, Monat u. Jahr d. Geburt: 7.7.1877

Geburtsort: Gifhorn (Hildesheim) /Preussen

Familienstand: Verheiratet

Vor- u. Familienname d. Ehefrau: Johanna Sara geb.
Freund

Vor-u. Familiennamen d. Vaters: Dagobert Menke

Vor- u. Geburtsname der Mutter: Adolfine geb. Ostwald

Stand des Beschuldigten: Keinen, früher Kaufmann

Wohnort: Hamburg, Willistrasse 3

Staatsangehörigkeit: Deutschew Reich - Jude -

Vorstrafen: UV. vom 25.10.1934-Geldstrafe RM 3500,--
~~u. Verstoßes gegen § 413 Vb.~~

B. zur Sache:

Frage: In Ihrer Auswanderungsangelegenheit werden
Sie von Herrn Dr. Ploss vertreten. War Ihnen
bekannt, dass Herrn Dr. Ploss Ihre Vertretung
ausdrücklich von mir untersagt worden ist ?

Antwort: Nein, das war mir nicht bekannt. Dr. Ploss
ist mein Generalbevollmächtigter, wenn ich
gewusst hätte, dass Dr. Ploss nicht für mich
auftreten darf, so hätte ich jemand anders
mit meiner Vertretung beauftragt.

Frage: Wann haben Sie Herrn Dr. Ploss die General-

vollmacht erteilt?

Antwort:

In eine 3. Vorlesung

Frage:

Hat Herr Dr. Ploss irgend etwas mit der Anfertigung Ihrer Umzugsgutsliste zu tun?

Antwort:

Nein. Herr Dr. Ploss und ich haben erst jetzt an Hand der Schätzung von Prof. Sauerland die Schätzung von Herrn Heumann mit Bemerkungen versehen. An der Anfertigung der ursprünglichen Liste war Herr Dr. Ploss nicht beteiligt.

v.

g.

u.

gez. Arthur Israel Menke

geschlossen.

gez. Weiffenbach
Assessor.

Für Richtigkeit der
Abschrift:

gez. E. Finkler
VA.

13

Verhandelt bei der Devisenstelle Hamburg
am 14. November 1940.

Gegenwärtig:

Ass. Weiffenbach
als Verhand-
lungsleiter.

Auf Vorladung erschien der Syndikus Dr. Wilhelm
P l o s s und erklärt auf Befragen folgendes:

VA. Finkler
als
Schriftführe-
rin.

A. Zur Person:

Familienname: P l o s s

Vornamen: Wilhelm Christian Heinrich

Tag, Monat u. Jahr d. Geburt: 6.1.1894

Geburtsort: Achtern/Sangerhausen/Preussen

Familienstand: Verheiratet

Vor- u. Familienname der Ehefrau: Annemarie geb. Rietz

Vor- u. Familienname des Vaters: Wilhelm Floss

Vor-u. Geburtsname der Mutter: Franziska Schmarbeck

Stand des Beschuldigten: Syndikus beim Einkaufsverband
Unterelbe, Textilhaus, Hamburg 1,
Kirchenallee 25

Wohnort: Hamburg.

Strasse u. Hausnummer: Papenhuderstr. 16

Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich

Mitgliedschaft zur NSDAP, ihren Gliederungen
und angeschlossenen Verbänden: n e i n (Mitglied des
Stahlhelms seit 1919.)

Vorstrafen: angeblich keine.

B. Zur Sache:

Frage: Sie sind hier in der Auswanderungsangelegenheit
des Juden Arthur Israel M e n k e , Hamburg, aufge-
treten. Die devisenrechtliche Vertretung des
Herrn Menke ist Ihnen mit meinem Schreiben vom
30.11.1939 verboten worden. Aus welchem Grunde
hielten Sie sich trotzdem für berechtigt, für
Menke aufzutreten ?

Antwort: Ich habe die Genehmigung zur Wahrnehmung der
steuerlichen Interessen des Herrn Menke. Als ich
von meinem Urlaub im September zurückkehrte, teil-
te mir Herr Menke mit, dass er Schwierigkeiten
mit der Devisenstelle wegen Beibringung des Alt-
besitznachweises bezüglich seiner Kunstsachen ha-
be.

Mir war bekanntgeworden, dass Herr Menke alle Kunstsachen als vor dem Jahre 1939 angeschafft angegeben hatte. Da ich aus meiner Bearbeitung seiner steuerlichen Angaben wusste, dass diese Angaben nicht stimmte, habe ich es für meine Pflicht gehalten, die Devisenstelle von dieser Kenntnis zu unterrichten.

Frage:

Diese Darstellung steht im Widerspruch zu dem Bericht des Bearbeiters der Auswanderungsangelegenheit Menke. Nach dieser Darstellung hat Menke zunächst auf meiner Dienststelle erklärt, dass er Rechnungen über die Anschaffungen nicht vorlegen könne. Er soll auch dem Gerichtsvollzieher gegenüber stets den Eindruck aufrecht erhalten haben, dass es sich ausschliesslich um Altbesitz handele. Zur Klärung dieser Frage wurde Menke von meiner Auswanderungsabteilung vorgeladen. Auf diese Vorladung sind statt seiner, Sie erschienen. Aus der mit Ihnen geführten Besprechung entnahm der Bearbeiter, dass bereits eine steuerliche Differenz über die Sammlung bestanden hatte.

Wollen Sie demgegenüber die Behauptung aufrecht halten, dass Sie aus eigenem Antriebe bei der Auswanderungsabteilung erschienen sind ?

Antwort:

Die näheren Zusammenhänge waren mir nicht bekannt. Von der Vorladung wusste ich allerdings. Ich wäre aber auch ohne diese zur Devisenstelle gegangen, weil ich es für meine Pflicht hielt, die Angaben von Menke klarzustellen.

Frage:

Selbst wenn diese Darstellung richtig wäre, müssen Sie doch zugeben, dass Sie auch bei dem Bearbeiter der Sicherungsanordnung gegen Herrn Menke vorgesprochen haben, um die Erledigung eines von Herrn Menke eingereichten Antrages, wegen dessen eine Rückfrage gehalten worden war, in Aussicht zu stellen. Diese Vorsprache bei dem Bearbeiter der Sicherungsanordnung hat doch

mit dem von Ihnen oben angeführten Grunde nichts mehr zu tun ?

Antwort:

Das ist richtig. Ich habe lediglich dem Sachbearbeiter, da ich wegen der oben genannten Angelegenheit in der Devisenstelle war, von der Erkrankung des Herrn Menke Kenntnis gegeben und gebeten, ihn erneut vorzuladen. Davon ist Abstand genommen worden, da ich die erforderlichen Auskünfte erteilen konnte.

Frage:

Auch eine solche Vorsprache ist unzulässig. Das Verbot, eine Person in ^{ihren} Devisensachen zu vertreten, umfasst jedes Auftreten vor meiner Dienststelle. Mit anderen Worten, es ist Ihnen verboten, in den Angelegenheiten dieser Personen überhaupt meine Diensträume zu betreten. War Ihnen das bekannt?

Antwort:

So habe ich das nicht aufgefasst.

Frage:

Sie haben über die Angelegenheit, wegen der Sie bei dem Bearbeiter der Sicherungsanordnung vorgesprochen haben, hinaus, ein Schreiben, das unter dem 30.10.40 an Herrn Menke gerichtet worden war, für diesen beantwortet. Geben Sie zu, dass hierin eine Vertretung des Herrn Menke liegt ?

Antwort:

Das muss ich zugeben.

Frage:

Aus Ihrer Besprechung bei der Auswanderungs-Abteilung hatten Sie den Eindruck bekommen, dass diese Angelegenheit zur Einleitung eines Strafverfahrens an meine Überwachungsabteilung abgegeben werden würde. Hierauf haben Sie an mich das Schreiben vom 26.10.1940 gerichtet, in dem einleitend bemerkt wird, dass Sie zur Bearbeitung der Angelegenheit des Herrn Menke die Ausnahmege-nehmigung des Herrn Oberfinanzpräsidenten Hamburg vom 8.1.1940 besäßen. Sie haben mir diese Geneh-

Genehmigung vorgelegt; sie bezieht sich nur auf die steuerliche Vertretung des Herrn Menke. Haben Sie die missverständliche Fassung im Schreiben vom 26.10.1940 gewählt, um das für Sie immer noch bestehende Verbot einem mit der Angelegenheit nicht genau vertrauten Bearbeiter für aufgehoben hinzustellen?

Antwort: Nein.

Frage: Glaubten Sie denn, dass diese steuerliche Ausnahmegenehmigung auch die devisenrechtliche Vertretung deckte?

Antwort: Ich war mir darüber nicht ganz klar.

Frage: Herr Menke hat in seiner Vernehmung vom 8.11. 1940 angegeben, dass Sie ihn nicht über das Verbot ihn in devisenrechtlicher Hinsicht zu vertreten, unterrichtet hätten. Was haben Sie hierzu zu erklären?

Antwort: Die Angabe ist unrichtig. Herr Menke war über den meine Zulassung betreffenden Schriftwechsel unterrichtet. Daraufhin habe ich mit seiner Kenntnis die Genehmigung des Oberfinanzpräsidenten eingeholt.

Frage: Herr Menke hat erklärt, dass er bei Kenntnis des Verbots Sie weder mit seiner Vertretung beauftragt, noch ^{Ihnen} eine Generalvollmacht erteilt haben würde. Diese Erklärung lag nahe, da Herr Menke nicht damit gedient war, wenn Sie für ihn nicht auftreten konnten. Bleiben Sie trotzdem bei Ihrer Darstellung?

Antwort: Ja !

Frage: Sie sind Generalbevollmächtigter der holländischen Jüdin Käthe de Wind und haben in dieser Eigenschaft einen Transferantrag an die

Schwedische Gesandtschaft in Berlin zur Weiterleitung an den Herrn Reichswirtschaftsminister gerichtet. Sind Sie sich darüber klar, dass es sich um eine Devisenangelegenheit der Frau de Wind handelt?

Antwort: Ja.

Frage: Glaubten Sie nicht, dass Sie zur Vertretung der Frau de Wind in dieser Angelegenheit einer Genehmigung bedurft hätten?

Antwort: Nein, ich bin an der Erledigung dieses Antrages insofern persönlich interessiert, als Verwandte von mir eines der inländischen Grundstücke der Frau de Wind erwerben wollen. Die Verhandlungen schweben bereits.

Frage: Dieses persönliche Interesse ist doch nur mittelbar und ist auch meines Wissens in dem Antrag nicht zum Ausdruck gekommen ?

Antwort: In dem Antrag ist dieses nicht zum Ausdruck gekommen.

Frage: Wussten Sie, dass dieser Antrag an die Devisenstelle Hamburg zur Bearbeitung geschickt werden würde?

Antwort: Darüber habe ich mir so genau keine Gedanken gemacht. Selbst wenn ich dies genau gewusst hätte, hätte ich den Antrag auch eingereicht wegen meines obengenannten persönlichen Interesses.

Vorhalt: Der Herr Reichswirtschaftsminister hat mich in der Angelegenheit de Wind zum Bericht aufgefordert. Ich habe neben meiner sachlichen Stellungnahme zum Ausdruck gebracht, dass Sie nicht die Genehmigung besitzen, Frau de Wind in Devisenangelegenheiten zu vertreten. Ich habe den

Herrn Reichswirtschaftsminister gebeten, Sie in dieser Angelegenheit genau so zurückzuweisen, wie es bei mir geschehen wäre und mache Ihnen zur Auflage, bis zu einem gegenteiligen Bescheid des Herrn Reichswirtschaftsministers die weitere Vertretung der Frau de Wind zu unterlassen. Ist Ihnen diese Anordnung klageworden?

Antwort: Ja.

Herr Dr. Ploss bittet, noch folgendes aufzunehmen:

Ich habe mich um Vertretungen von Juden bemüht, weil ich darin eine vorteilhafte Erwerbsmöglichkeit sehe, auf die ich insbesondere aus folgenden Gründen angewiesen bin:

Ich bin sehr schwer herzleidend und kann mit einer langen Lebensdauer nicht rechnen. Aus diesem Grunde halte ich mich für verpflichtet, meine Frau soweit wie möglich, sicherzustellen. Meine Tätigkeit im Einkaufsverband bringt mir nicht soviel ein, dass ich davon allein existieren kann. Ich bin darauf angewiesen, die Mitglieder einzeln steuerlich zu beraten und auf die hierdurch verdienten Honorare.

Frage: Haben Sie seinerzeit, als Sie Ihre Zulassung für devisenrechtliche Vertretungen beantragten, bei dem zuständigen Sachbearbeiter auf diese wirtschaftlichen Gründe hingewiesen?

Antwort: Nein.

v.

g.

u.

Im Stenogramm gezeichnet: Dr. jur. Wilhlem Ploss

Geschlossen:

gez. Weiffenbach
Assessor.

Für Richtigkeit der
Abschrift:

W. Finkler

V.A.



Anhang
zur Verhandlungsniederschrift vom 14.11.1940.

Im Laufe der Vernehmung deutete Dr. Ploss an, dass nach seiner Meinung das hier gegen ihn eingeleitete Verfahren darauf zurückzuführen sei, dass der Vernehmende gegen ihn, Dr. Ploss, eine Abneigung habe, weil ihm bekannt sei, dass Dr. Ploss altes Mitglied des Stahlhelms sei. Diese Behauptung wurde gebührend zurückgewiesen

H. 2m

X
R 16-581/40.

- 1) Gegen den Juden Arthur Israel Menke wird die Untersuchung eingeleitet, weil er der Devisenstelle gegenüber unwahre Angaben gemacht hat, um eine Genehmigung zur Versendung von Umzugsgutssachen zu erreichen. Menke hat sich einer Geldstrafe von RM 20.000,-- unterworfen.
-

- 2) Vorstrafen des Menke einfordern bei OStA. beim Landgericht Hildesheim. *ab. 17.11.40 H.*

Vermerk zu ZH 61:

Dr. Pöppel ist am 18.8.1941 von Reg. Magdeburg wegen verurteilten Betruges mit RM 50.- u. 10 Tg. Gf. bestraft (Strafe unterläßt die beschriebenen Auskünfte).

Der Oberfinanzpräsident
- Devisenstelle -

Hamburg, den November 1940

R 16-581/40.

- 3) schreiben an den
Herrn Oberstaatsanwalt bei dem
Landgericht Hamburg

in Hamburg.

1 Heft Anlagen !

Ich erstatte Anzeige gegen den Syndikus Dr.
jur. Wilhelm Christian Heinrich P l o ß , geboren am
6.1.1894, wohnhaft in Hamburg, Papenhuderstrasse 16,
in Hamburg Dr. Ploß hat im Jahre 1940

- a) den Juden Arthur Israel M e n k e, Hamburg 39,
Willistrasse 3, ohne im Besitz der nach § 1 der
Verordnung über die geschäftsmässige Hilfeleistung
in Devisensachen vom 29.6.1936 (RGBl.I Seite 524)
erforderlichen Genehmigung zu sein, vor meiner Dienst-
stelle vertreten,
- b) die Jüdin Käthe d e W i n d , ebenfalls ohne
Erlaubnis nach der genannten Verordnung insofern
vertreten, als er für sie einen Transfer-Antrag
bei der Schwedischen Gesandtschaft in Berlin zur
Weiterleitung an den Herrn Reichswirtschaftsmini-
ster eingereicht hat;

Vergehen nach § 20 der VO. vom 29.6. 1936.

Der Beschuldigte Dr. Ploß ist Syndikus beim
Einkaufsverband Unterelbe, Textilhaus, Kirchenallee 25.
Er ist als Helfer in Steuersachen zugelassen. Als
solcher hat er nicht das Recht, in Devisensachen frem-

fremde Personen geschäftsmässig zu vertreten. Schon seit längerer Zeit ist mir aufgefallen, dass Dr. Ploß im steigenden Umfange fast ausschliesslich für jüdische Mandanten hier aufgetreten ist. Um diesem unzulässigen Verhalten ein Ende zu setzen, habe ich mit Bescheid vom 14.10.1940 (Anlage 1) dem Beschuldigten lediglich die Erledigung von drei in dem Schreiben aufgeführten Fällen erlaubt. Mit Schreiben vom 30.11.1939^(Anlage 2) habe ich ihm überdies ausdrücklich die Vertretung des Juden Menke verboten. Schon mit Schreiben vom 11.1.1940 (Anlage 3) musste ich den Beschuldigten darauf aufmerksam machen, dass er entgegen dem für ihn bestehenden Verbot in weiteren Fällen vor meiner Dienststelle aufgetreten sei. Dr. Ploß verfolgte die Taktik, auch nachdem ihm verschiedentlich weiter mündlich Vorhaltungen gemacht worden waren, bei Bearbeitern meiner Dienststelle aufzutreten, die von dem Verbot nicht unterrichtet waren oder nicht unterrichtet sein konnten. Im allgemeinen pflegte Ploß sich als Generalbevollmächtigter der von ihm vertretenen Personen einzuführen, um so den Eindruck zu erwecken, dass es sich um einen Einzelfall, mithin nicht um eine geschäftsmässige Hilfeleistung handele.

Gegen den Juden Menke musste wegen falscher Angaben im Zusammenhang mit seiner

Auswanderung ein Verfahren wegen Genehmigungser-
schleichung eingeleitet werden. Auf die Mitteilung
meiner Auswanderungsabteilung, dass der Fall zur
strafrechtlichen Verfolgung an meine Überwachungsab-
teilung abgegeben worden sei, richtete Ploß an diese
das Schreiben vom 26.10.1940 (Anlage 4). Die in die-
sem Schreiben erwähnte Ausnahmegenehmigung des Ober-
finanzpräsidenten Hamburg vom 8.1.1940 bezieht sich,
wie Ploß einräumen musste, nur auf die steuerliche
Beratung des Menke. Ploß musste zugeben, dass er
trotz des Verbotes vom 30.11.1939 für Menke in Devi-
sensachen vor der Auswanderungsabteilung aufgetreten
sei, ohne diesen von dem Verbot zu unterrichten (vergl.
Aussage Menkes vom 8.11.1940 (Anlage 5)). Unter dem
1.11.1940 hat Ploß zwei weitere Schreiben in Sachen
Menke an meine Überwachungsabteilung gerichtet und ist
auch einmal bei dem Bearbeiter der Sicherungsanordnung
gegen Menke persönlich erschienen.

Die Vertretung der Jüdin de Wind ist Dr. Ploß
zwar nicht ausdrücklich untersagt worden, das Verbot
ergibt sich aber aus § 1 der Verordnung. In diesem
Falle ist Ploß offensichtlich in der Annahme aufge-
treten, dass infolge des vorgeschriebenen Weges (An-
trag an die Schwedische Gesandtschaft zur Weiterlei-
tung an den Herrn Reichswirtschaftsminister) der De-
visenstelle Hamburg nichts über sein Auftreten bekannt
werden würde.

Ploß ist in beiden Fällen im wesentlichen
geständig gewesen. Das Stenogramm und zwei Abschrif-
ten der Vernehmungsniederschrift füge ich bei. Ich
- Anlage 6 -

./.

bitte, gegen ihn ein Strafverfahren einzu-
leiten und mir von dessen Ergebnis Mittei-
lung zu machen.

Strafverfahren anzug ist beschl. 11

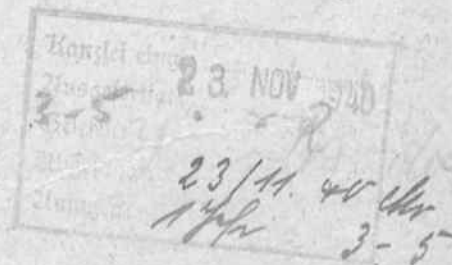
- 4) Abschrift von 3 an Herrn OStI. Brückmann
zur Kenntnis.
- 5) Kanzlei fertige je 3 Abschriften von den
als Anlage 1 - ~~4~~ bezeichneten Schreiben,
davon je 2 an das LG zu 3).
- 6) Vorstrafen Dr. Ploß einfordern beim OStA.
bei dem Landgericht Nordhausen a. Harz
- 7) Eintragen in die Strafliste (Verfahren *10 29/40*
gegen 2 Personen)
- 8) Wvl. bei R 16.
(für den WV).

I.A.

Vermutlich für die Kanzlei:

*Bitte Rücksicht vor
Überdauern zur Prüfung
der Richtigkeit der
Beilagen bei mir
vorlegen.*

Beifügen lassen.





Auszug aus dem Strafregister

Nach den Akten - nicht - bestraft

23

de		zu		Der Oberfinanzpräsident Hamburg (Denkstelle)	
Familiennamen (bei Frauen nur Geburtsname): M e n k e				16. NOV. 1940 Vm.	
Vornamen (Rufname zu unterstreichen): <u>Arthur</u> Israel					
Ge- burts- angaben	Tag: 7.	Gemeinde:	Landgerichtsbezirk:		
	Monat: 7.	evtl. Stadtteil: Gifhorn	Hildesheim		
	Jahr: 1877	Straße:	Land:		
		Verwaltungsbezirk:			
Familienstand: ledig		verheiratet		verheiratet verheiratet	
Vor- und Familien- (Geburts-) Name des (bezw. früheren) Ehegatten:		Johanna Sara Menke geb. Freund			
Des Vaters Vor- und Familienname:		Dagobert Menke			
Der Mutter Vor- und Geburtsname:		Adolfine geb. Ostwald			
Stand (Beruf): keiner früher Kauf- evtl. Stand (Beruf) des Ehemannes:					
Wohnort: Hamburg		Straße, Hausnummer: Willistrasse 3			
evtl. letzter Aufenthaltsort:					
Staatsangehörigkeit: Deutsches Reich - Jude -		Heimatgemeinde: Heimatbezirk:			

Im Strafregister - ist - sind - folgende - keine - Verurteilung(en) vermerkt:

Nr.	am	durch Aktenzeichen	wegen	auf Grund von	zu	Bemerkungen
						

Umstehend bezeichnete Person ist weiter verurteilt worden:

Geschäftszeichen

R 16-581/40

24

Ersuchen um Auskunft aus dem Strafregister

Urschriftlich mit der Bitte um schleunige Rücksendung

an den Herrn

Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht Hildesheim

in H i l d e s h e i m .

zur gefälligen Auskunfterteilung über

– alle Vorstrafen der umstehend bezeichneten Person gemäß Artikel 6 des Ausführungsgesetzes zum Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung v. 24. 11. 1933 (R. G. Bl. I S. 1005) in einem Verfahren wegen Steuerzuwiderhandlung. Auskunft nach § 35 der Strafregisterverordnung genügt nicht. –

~~– die über beschränkte Auskunft nach § 35 der Strafregisterverordnung genügt nicht. –~~

Hamburg 11

Ort, Postamt

, den 12. November

1934



Der Oberfinanzpräsident
– Dienstsstelle –
Im Auftrag

Unterschrift

schriftlich mit beifolgendem Auszug zurück



Frei durch Ablösung

an den



Herrn Oberfinanzpräsidenten
- Devisenstelle -

in H a m b u r g 11,

Grosser Burstah 31.

Anschrift

*Für die Kult. an Groppe nach Bonn.
Kult. an Groppe
GFD u. R.
ZFSH.
ZK Bonn*

Der OFPräs.
DevSt.

Hamburg, den 9 Dezember 1940

R 16-Strafliste 29/40

1) Die U.V. vom 8.11.1940 (Bl.9/10) wird genehmigt.

2) Kanzlei fertige 5 Abschriften der UV.(Bl.9/10)
1. davon beglaubigt.

3) schreiben an

a) Zollfahndungsstelle, Hamburg

b) Steuerfahndungsdienst, Hamburg

1 Anlage

In der Anlage übersende ich eine Abschrift der mit dem Juden Artur Israel Menke am 8.11.1940 aufgenommenen Unterwerfungsverhandlung zur Kenntnis.

Zusatz zu b): Die mir überlassene Akte O 2011 - 2255 Ig ist wieder beigelegt.

4) an das Sachgebiet F

1 Anlage

In der Anlage übersende ich eine Abschrift der mit dem Juden Artur Israel Menke am 8.11.1940 aufgenommenen Unterwerfungsverhandlung zur Kenntnis. Die dortigen Vorgänge sind wieder beigelegt. Die Akten des Steuerfahndungsdienstes habe ich diesem unmittelbar zurückgesandt.

Menke dürfte nach seiner Auswanderung ausgebürgert werden. Um eine sofortige staatspolizeiliche Sicherstellung des bei der Auswanderung ~~unterstellten Vermögens~~ im

Inlande zurückbleibenden ^{Vermögens} ~~Vermögens~~ zu
erreichen, dürfte sich empfehlen, der Gestapo
nach der Ausreise Menke's Mitteilung zu machen
und ihr gleichzeitig anzugeben, ^{welches Vermögen} ~~ist ihm~~
^{vorhanden} ~~verfügbar~~ ist.

Die Erhebung einer Degoabgabe, wie
sie von dort beabsichtigt ist, wird durch die-
se Maßnahme nicht berührt.

- 5) Strafliste ergänzen *mit*
6) Strafkartei *mit*
7) Strafnachricht bezüglich Menke an
a) Polizeipräsident
b) Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht
Hildesheim in Hildesheim.

8) U.g.R

dem Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus,

H a m b u r g

gemäß § 3 StraKO. übersandt mit der Bitte, das
Weitere zu veranlassen. Eine beglaubigte Ab-
schrift der Unterwerfungsverhandlung ist bei-
gefügt.

Im Auftrag

schu

10. Dezember 1940

1)

R 16
581/40

An das
Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus,
Hamburg 11,
Theerhof.

1 Anlage !

Betrifft: Strafsache gegen Artur Israel Menke.

In der Anlage gebe ich den Antrag des Menke vom 7.12.1940 zurück. Menke hat schon vor etwa einer Woche bei mir wegen Fristbewilligung vorgesprochen und von mir die Auskunft erhalten, dass zu einer solchen kein Anlass besteht. Wenn er hinreichendes Bargeld nicht beschaffen könne, so möge er seine Wertpapiere von der Bank für die Bezahlung der Strafe beleihen lassen. Eine Genehmigung zu dieser Verfügung habe ich ihm ausdrücklich in Aussicht gestellt.

Die Unterwerfungsverhandlung ist unterdessen von dem Herrn Oberfinanzpräsidenten genehmigt worden, sie wird in den nächsten Tagen dort vorliegen.

2) zurück an R 16

1. ab 11.12.40

I.A.

[Handwritten signature]

[Handwritten signature]
14/12
40.

Der Reichswirtschaftsminister

V Id. (D) 3/138 107/40.

Berlin W 8, den 3. Dezember 1940.

An
den Herrn Oberfinanzpräsidenten
-Devisenstelle-

Hamburg.

Auf den Bericht vom 8. November 1940

- F 11 W 84/40-

Betr. Frau Käthe de Wind, Hamburg.

Da Frau Käthe de Wind die niederländische Staatsangehörigkeit bereits seit dem Jahre 1925 besitzt, erkläre ich mich mit der beantragten Überweisung einverstanden. Zu Ihrer Unterrichtung bemerke ich, daß es beabsichtigt ist, Abschnitt II Ziff. 6 des Runderlasses 89/40 demnächst neu zu fassen.

Dem Vertreter der Frau de Wind, Dr. Ploß, ersuche ich, Maßnahmen nach § 20 der Verordnung über die geschäftsmässige Hilfeleistung in Devisensachen vom 29. Juni 1936 anzudrohen.

Die Berichtsanlagen sind wieder beigelegt.

Im Auftrag
gez. Dr. Scheidtman.

Beglaubigt
(L.S.) gez. Dessin
Kanzleiangestellte.

Der OFPräs.
DevStelle

21. Dezember 1940

1)

R 16
Strafl. 29/40

An den

Steuerfahndungsdienst,

Hamburg 13.
Magdalenenstrasse 64a.

Betrifft: Devisenstrafsache gegen Artur Israel Menke.

Mit Schreiben vom 9.12.1940 habe ich eine Abschrift der mit dem Juden Menke am 8.11.1940 aufgenommenen Unterwerfungsverhandlung nach dort gesandt. Diese Abschrift war aber für das Finanzamt Hamburg-Nord bestimmt. Ich bitte daher, die Abschrift an das Finanzamt Hamburg-Nord zur Steuernummer 91/1615 weiterzusenden.

2)

21. Dezember 1940

2)

An das

Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus,

R 16

StrafL.29/40

Hamburg 11.
Teerhof

1 Anlage !

In der Anlage übersende ich die beglaubigte Abschrift der Unterwerfungsverhandlung in Sachen Artur Israel Menke, die offenbar von dort versehentlich nicht entnommen worden ist. Ich bitte, mir dagegen die unbeglaubigte Abschrift der Unterwerfungsverhandlung, die sich noch in der Akte befunden hat, an mich zurückzusenden.

3) Wvl. 3 Wo.

I.A.

f

Der Oberfinanzpräsident Hamburg
Devisenstelle

Hamburg 11, den 8. November 1940
Gr. Bursch 31 (Hindenburghaus) Fernruf: / 36 10 03

Geschäftszeichen:
Str. V. Nr. R 16
29/40

Unterwerfungsverhandlung

Gegenwärtig:
Ass. Weiffenbach

als Verhandlungsleiter

als Schriftführer

Genehmigt.

Hamburg, den 9. Dezember 1940

Der Oberfinanzpräsident Hamburg
(Devisenstelle)

Im Auftrag

gez. Dr. Bernacker

(Unterschrift, Amtsbezeichnung)

In der Devisenstrafsache gegen

Arthur Israel Menke

(Stand, Vorname, Name, Anschrift)

Hamburg 39, Willistrasse 3

erscheint — der Beschuldigte — für den Beschuldigten unter

Bevollmächtigung auf die Vollmacht vom 19

11

(Stand, Vorname, Name, Anschrift)

I. Der Erschienenen wird eröffnet, daß — ihm — der
Beschuldigten — zur Last gelegt wird, sich der zu II B bezeichneten
Devisenzuwerhandlung schuldig gemacht zu haben.

II. Der Erschienene erklärt:

A. Zur Person des Beschuldigten:

Familienname (bei Frauen Geburtsname):

Menke

Vornamen (Rufname unterstreichen):

Arthur Israel

Tag, Monat und Jahr der Geburt:

7.7.1877

Geburtsort (Gemeinde, Stadtteil):

Gifhorn

Verwaltungsbezirk (Kreis usw.):

Gifhorn

Landgerichtsbezirk:

Hildesheim

Staat: Preußen

Familienstand: — ~~verheiratet~~ —

Verheiratet —

~~verheiratet~~ —

Vor- und Familien- (Geburts-) Name des (ggf. früheren) Ehegatten:

Johanna Sara geb. Freund

Vor- und Familienname des Vaters:

Dagobert Menke

Vor- und Geburtsname der Mutter:

Adolfine geb. Ostwald

Stand (Beruf) des

Beschuldigten:

Keinen, früher Kaufmann

— ihres Ehemannes —:

Wohnort (ggf. letzter Aufenthaltsort):

Hamburg 39

Straße und Hausnummer:

Willistrasse 3

Staatsangehörigkeit:

Deutsches Reich - Jude -

Heimatgemeinde:

Heimatbezirk:

Angabe bei Schweizern, Slowaken und Staatsangehörigen des Protektorats Böhmen u. Mähren sowie bei ehemals österreichischen Staatsangehörigen, die durch die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich die Deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben

Mitgliedschaft bei der NSDAP, ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden (Ortsgruppe usw., Mitgl.-Nr., Eintrittstag, Dienstgrad):

Vorstrafen: IV. vom 25.10.1934 - Geldstrafe RM 3.500.--.

B. Zur Sache:

— Ich räume — ~~Der Beschuldigte räumt~~ — vorbehaltlos ein:

Schon seit über dreißig Jahren sammle ich Kunstgegenstände usw.
Der Grundstock meiner Sammlung bestand bereits vor dem Jahre 1933.
Nach 1933 habe ich nur wenige Sachen angeschafft, deren Wert sich
zusammen mit dem unterdessen abgelieferten Silber auf etwas über
RM 11.000.-- beläuft. Obwohl dieser, wenn auch kleine Teil der
Sammlung nach 1933 angeschafft worden war, habe ich in meinen
Umzugsgutslisten die gesamte Sammlung als vor 1933 angeschafft
aufgeführt. Es hat mir ferngelegen, das Deutsche Reich in irgend
einer Weise zu schädigen. Die Liste ist in meinem Auftrag von
einem gewissen Eckel angefertigt worden und ich habe versäumt,
sie mir genau genug anzusehen.
Ich bin mir darüber klar, daß mir auf Grund der eingereichten
Liste eine Genehmigung zur Mitnahme der ganzen Sammlung erteilt
worden wäre, obwohl ich für die nach 1933 angeschafften Sachen
eine solche nicht erhalten kann.

III. De m Erschienenen wird darauf folgendes eröffnet:

(1) Wegen der zu II B bezeichneten Devisenzuwerhandlung ~~XXXXXX~~ ~~wird~~ ~~werden~~ ~~gemäß~~
(Vertsoß gegen § 69 Abs.1 Ziff.7 des DevGes.) wird gemäß
§ 69 Abs.1 Ziff.7 DevGes., § 27 b StGB.

gegen — ihn — ~~XXXXXX~~ ~~Reichsbank~~ —

a) anstelle einer an sich verwirkten Gefängnis-
strafe von 2 Monaten eine Geldstrafe von

10.000.—

b) ferner eine Geldstrafe von

10.000.—

festgesetzt.

~~— (2) Ferner wird gemäß §§ 72, 73 Abs. 1 des Devisengesetzes ein Betrag~~
von

aus — seinem — ihrem — Vermögen — und aus dem Vermögen de

in

zugunsten des Reichs eingezogen. —

— () Er — Sie — hat außerdem die Auslagen des Verfahrens, und zwar:

R.M. Rpf.

R.M. Rpf.

R.M. Rpf.

~~insgesamt also~~

20.000.—

— i. B. Zwa zigtausend

R.M.

Rpf.

zu zahlen.

~~(XX) Die Einziehung des obengenannten Betrages von~~ ~~R.M.~~ tritt an die Stelle der
— nicht ausführbaren — gemäß § 72 Abs. 3 des Devisengesetzes unterbleibenden — Einziehung folgende
Werte : —

~~(30) Gemäß § 72 des Devisengesetzes wird werden ferner zugunsten des Reichs eingezogen: —~~

2) Die Bestrafung wird ~~nicht~~ in das Strafregister eingetragen.

IV. S Erschienene erklärt nunmehr:

— Ich unterwerfe mich ~~XXXXXX~~ ~~Reichsbank~~ ~~unterwerfe~~ ~~sich~~ — ~~fe~~ festgesetzten Strafe ~~XXXXXX~~

~~Einziehung des zu III Abs. 2 genannten Betrages und de zu III Abs. 1 bezeichneten Werte~~

— Ich ~~Er~~ ~~Sie~~ — verzichte auf den Erlaß eines Strafbescheides und auf eine gerichtliche Entscheidung.

Ich bin über folgendes unterrichtet: Die Unterwerfung wird wirksam, wenn sie binnen 3 Monaten durch die zuständige Stelle genehmigt wird; jedoch — bin ich — ist ~~der die Beschuldigte~~ schon jetzt bis zum Ablauf der 3 Monate an die vorstehenden Erklärungen gebunden, es sei denn, daß die zur Genehmigung berufene Stelle die Genehmigung vorher versagt. Nach der Genehmigung steht die Unterwerfung einer rechtskräftigen Verurteilung gleich. Gegen die Straffestsetzung ist weder ein Rechtsmittel gegeben noch Antrag auf gerichtliche Entscheidung zulässig.

V. Auf den zu III Abs. genannten Betrag von insgesamt *RM* *Rpf*
— ist noch nichts gezahlt — sind bereits *RM* *Rpf*
bei dem Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus in Hamburg — zu VermB.
— eingezahlt. —

— De ~~in~~ Beschuldigten wird hiermit aufgegeben, den noch nicht entrichteten
Betrag von *20.000. RM* *Rpf*
— bis zum 3. Dezember 1940 — in folgenden Teilbeträgen:
bis zum *RM* *Rpf*, —
— weiter — monatlich — wöchentlich —
bis zum *RM* *Rpf*,
bis zum *RM* *Rpf*, —

bei dem Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus, Hamburg 8, Theerhof 1 (Postcheckkonto Hamburg Nr. 139 01, Reichsbankgirokonto Hamburg Nr. 121) einzuzahlen. —

Bei nicht rechtzeitiger Zahlung wird die Zwangs- und Strafvollstreckung gemäß § 91 des Devisengesetzes, §§ 325 ff., 459, 470 der Reichsabgabenordnung wegen des ganzen alsdann noch geschuldeten Restbetrages eingeleitet werden.

Die Erschienene bittet, ich, ~~de~~ Beschuldigten, ~~Abchrift~~ dieser Verhandlung zu übersenden.

Titelbuch Teilband Strafen u. Kosten 8 9/40
Gammhuit

Vorgelesen, genehmigt, unterschrieben

gez. Arthur Israel Menke

(Vor- u. Familienname, bei Frauen auch Geburtsname)

Geschlossen

gez. Weiffenbach, Ass.

(Unterschrift, Dienstbezeichnung)

Der Oberfinanzpräsident
— Devisenstelle —

Geschäftsstunden:
(auch für fernmündliche Anfragen)
werktätig von 9 bis 13 Uhr

Im Schriftwechsel anzugeben:

Sachgebiet: R 16

Nr.: Straß. 29/40

Akte:

Hamburg 11, 21. Dezember 1940
Großer Burstah 31, Hindenburghaus
Fernsprecher 36 10 03

An das

Hauptzollamt (Zollkasse) Ericus,
Hamburg 11,
Teerhof

1 Anlage !

In der Anlage übersende ich die beglaubigte Abschrift der Unterwerfungsverhandlung in Sachen Artur Israel Menke, die offenbar von dort versehentlich nicht entnommen worden ist. Ich bitte, mir dagegen die unbeglaubigte Abschrift der Unterwerfungsverhandlung, die sich noch in der Akte befunden hat, an mich zurückzusenden.

Im Auftrag

Hauptmann (Kass.) Ericus

Hamburg

23 DEZ 1940	President
	(Stelle)
24. DEZ 1940	Vm.
	Ant.

Mittel R. 16

29/40

1. Aufl.

32

Von: Herrmann

Herrmann

aus: Herrmann

Herrmann

Herrmann

Herrmann

32 (32) Hauptzollamt (Zollkassa) Ericus

HAMBURG

den 31. DEZ 1940 19

Der Oberfinanzpräsident
Hamburg (Devisenstelle)

- 2. JAN. 1941 Nm.

Einstweiliger Buchungsbeleg

Betrag: 20 000,- RM Pfaffenberg

Einzahler: Israhel Meuke

Einzahlungsweg: — Bar — B — P —

Abgabenart: 29/40 R 16

Verbuchungsstelle: E.B.V. Vorw. B 4

Kassier

7.16

10.11

see record

2.6/2.41 mark

M 6/11

2. in Volk Klass
Arthur Israel Henke

Stapel 29/40

R 16 581/40

**Der Präsident
des Landesfinanzamts Hamburg
(Devisenstelle)**

- 
- 1) Gegenstand des Unternehmens:
 - 2) Welche Geschäfte werden betrieb

Der OPräs.
DevStelle

10. Februar 1941

1)

An den

Herrn Oberstaatsanwalt bei dem Landgericht
Hamburg, z. Hd. von Herrn Assessor Peters,

R 16-Strafliste 29/40

H a m b u r g .

Betr.: Strafsache gegen Dr. Wilh. Ploß, Hamburg.

Ich bitte um Mitteilung über den Stand des Verfahrens.

2) Wvl. 3 Wo.

z. H. v. J.
wieder vorgelegt

31.10. 1941

I. A.

Tab. 10.2. 1/4

Amtsgericht Hamburg

Abteilung 138

Hamburg 36, den 24. Feb. 1941
Strafjustizgebäude, Siebekingplatz

Staatsanwaltschaft

Aktenzeichen:

138 G. 19/41

Mitteilung nach §..... der AB vom 21. 5. 1935
(Amtl. Sonderveröffentl. der Deutschen Justiz Nr. 8)
zum dortigen Geschäftszeichen:

197 K. 1188/40

Der Angeklagte Wilhelm
Friedrich Linnig Bross

geb. 6. 1. 1904 in Achterum bei Langerhans (Nordhansum)
wohnhaft Hbg., Papenbudenstr. 16

ist durch rechtskräftig gewordene — Strafbefehl — Urteil des hiesigen Amts — Schöffens — Land — Schwur — Sonder —
Gerichts vom 7. 2. 41.

wegen Hilfeleistung in Devisensachen im L. F. ohne
Erlaubnis des Landesfinanzamtes

zu einer Strafe von 200. Reichsmark wkl. 10 Tg.

Haft — Gefängnis — Zuchthaus

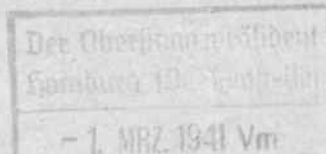
und 200. Reichsmark wkl. 10 Tg. 3/4 J. wkl. 1/2 J.

verurteilt worden.

Bedingte Strafaussetzung ist erteilt bis zum..... hinsichtlich der restlichen — Ersatz — Freiheitsstrafe —
(Erlaß vom.....).

Führerschein Klasse..... Listen-Nr..... ausgestellt am..... in.....

Vorstrafen:



An den Herrn Landrat in.....

zur Kenntnis und Weitergabe an.....

Die Geschäftsstelle

das Polizeipräsidium in Hamburg

Devisenstelle - R16 - 581/40

Gr. Bursch 31

Sachg.	R 16
Nr.	StrafL.29/40
Titel:	

- 1) Kanzlei fertige eine Abschrift der Mitteilung des Amtsgerichts vom 24.2.41 als Anlage zu 2)

- 2) An das
Sachgebiet Z.

1 Anlage.

In der Anlage übersende ich eine Abschrift der Mitteilung des Amtsgerichts Hamburg, nach welcher Dr. Ploss wegen unzulässiger Devisenberatung in zwei Fällen rechtskräftig bestraft ist. Ich schlage vor, dem Herrn Oberfinanzpräsidenten von dieser Bestrafung zu benachrichtigen und ihm anheimzustellen, die Zulassung des Dr. Ploss als Helfer in Steuersachen zu überprüfen.

- 3) Die Sache ist abgeschlossen. *F. zu K. Ploss v. 18/3. 14.13/3.*
- 4) Strafliste vervollständigen. *filed*
- 5) Karteivermerk : Bezgl.Menke und bezgl.Dr.Ploss *filed*
- 6) Zählliste 1. *M. f.*
- 7) Zählliste 2. a) bezgl.Menke: UV.mit Geldstrafe v.RM 20.000,--
b) bezgl.Dr.Ploss: Strafbefehl mit Geldstrafe insgesamt RM 400,-- evtl.20 Tage Gefängnis.
- 8) Strafliste löschen. *filed*
- 9) Rote Nr.löschen. *filed*
- 10) Statistik. *filed*
- 11) Statistik
- 12) Wgl. bei UeG.

L.A.

Vermerk:

Ausbringung von Kerke am
29. 7. 41 von Volgetrich F. in
den Kistapo angesetzt

30. 7. 41

La

Hamburg, den 28. April 1950.

U 26/2325/39

An den

Herrn Oberfinanzpräsidenten, Abt. P 55d

hier.

Betr.: Wiedergutmachung Arthur und Johanna Menke,
früher Hamburg, Willistrasse 3.

Bezug: Dortiges Schreiben vom 24.4.50 - Az 05210 - H 7 - P 55d.

Über Arthur und Johanna Menke ist bereits am 2.7.48 ein
Kurzbericht erstattet worden. Auf diesen wird Bezug genommen insbeson-
dere über die Personalverhältnisse.

Der Kurzbericht wird nachstehend wie folgt ergänzt:

Arthur Menke war Inhaber der Firma Menke & Busse, Hamburg,
Chilohauser Weg. Diese Firma wurde in Folge der Arieisierung von den
Herren Willy Lange und Fritz Kessler für RM 40.000.-- übernommen.
Näheres ist hierüber aus den Akten nicht festzustellen.

Am 4.4.39 wurde von der Zollfahndungsstelle Hamburg und
am 14.4.39 von der Devisenstelle Hamburg über das Vermögen des Eheman-
nes Menke eine Sicherungsanordnung erlassen. Die Zollfahndungsstelle
hatte zu dieser Zeit das Vermögen bzw. die Verpflichtungen des Menke
wie folgt ermittelt:

<u>Grundvermögen:</u>	Haus Willistr.3, F.Wert	RM 42.300.--
<u>Belastung:</u>		" 10.000.--
<u>Bankkonten:</u>	Breadner Bank Hbg. Dep. Kasse Fruchthof	" 136.000.--
	Davon für Reichsfluchtsteuer sichergestellt	" 116.000.--
	Girokonto b. Breadner Bank Abt. Fruchthof	14.000.--
	Spa Kasse Gifhorn	" 6.500.--

Eine Testamentsvolltreckergebühren gegen Olga Schütt, Leipzig,
Höhe unbekannt.

<u>Hypotheken:</u>	Im Grundbch. Schnelsen, Bl. 1166	RM 2.500.--
	Schuldner: Andreas Kessel, Schnel- sen	
	Im Grundbch. Braunschweig-Rühne Bl. 103,	" 2.000.--
	Schuldner H. Marke, Rühne	
	Im Grundbch. v. Braunschweig Bl. 589	2.000.--
	Schuldner Heinrich Läger und Ehe- frau	

Eine Kunstsammlung im Werte von RM 62.500.-- später
bewertet mit RM 98.797.--

In dieser Feststellung ist weiter angegeben, daß die
Reichsfluchtsteuer RM 116.000.-- und die Vermögensabgabe RM 76.500.--
betragen haben. Die erstere Summe wurde an das Finanzamt St. Ge-
org geschuldet. Die letztere war an die Gewerbe Polizei Ham-
burg gemeldet worden.

Am 8.9.1939 hat Arthur Menke selbst eine Vermögenser-
klärung eingereicht, in der er folgendes angab:

Bank- und Postscheckguthaben	RM 8.255.--
Wertpapiere Kurawert	155.965.--
Hypotheken	6.500.--
Grundbesitz	42.300.--
Sonstige Vermögenswerte	96.500.--
Schulden, einschl. noch nicht gezahlter Reichsfluchtsteuer und Judenvermögens- abgabe	85.000.--

Auf Grund der Sicherungsanordnung durfte Menke zunächst
monatlich über RM 1.000.--, dann über RM 2.000.-- für persöhn-
liche Zwecke verfügen. Später wurde der Betrag auf RM 750.- her-
abgesetzt.

Über die einzelnen Posten wird folgendes ausgeführt:

Das Grundvermögen Haus Willistrasse 3 wurde am 24.8.1940
für RM 55.000.-- an Frl. Ruth Adelheid Kreglinger, Hamburg, Ise-
strasse 123, verkauft. Die Belastung von zusammen RM 10.000.-- wur-
de von der Käuferin übernommen. Der Kaufpreisrest sollte in Höhe
von RM 5.000.-- bei Einreichung des Auflassungsprotokolles an das
Grundbuch, RM 40.000.-- bei ~~Erkennung~~ des Grundstückes durch den
Verkäufer bezahlt werden. Die Barzahlungen sollten auf das gesicher-
te Konto des Arthur Menke bei der Fa. H.M. Warburg & Co. KG., Hamburg,
erfolgen, was anscheinend geschehen ist. In dem Grundstück war
noch eine Eigentümergrundschuld über RM 4.996.26 eingetragen, die
zur Löschung gebracht wurde, und die anscheinend auf den Kaufpreis
ohne Einfluß blieb, da ihre Löschung im not. Auflassungsprotokoll
ohne Zahlungsverpflichtung vorgesehen worden war.

Über die Veränderungen auf den Bankkonten kann von hier
nichts Sicheres bekundet werden, da nicht bekannt ist, welche Be-
träge, über die ohne Genehmigung verfügt werden durfte, abgezogen
wurden. Menke hat neben seinen Entnahmen zum persönlichen Ver-
brauch laufend Unterstützungen an Verwandte und Bekannte bezahlt
und neben seinen persönlichen Entnahmen Beträge zur Begleichung
persönlicher kleinerer Verpflichtungen von seinen Konten ver-

braucht, über deren Höhe nur die Banken Auskunft geben können. Vergleichbar ist die Verwendung der Wertpapiere nicht bekannt, die teilweise bei der Dresdner Bank und bei H.M. Warburg & Co. KG. lagen. Bei Warburg wurde später auch ein Bankkonto errichtet.

Wegen Unregelmäßigkeiten bei der Deklaration der Anschaffungsdaten einzelner Stücke in der wertvollen Kunstsammlung wurde gegen Menke im Unterwerfungsverfahren gegen Menke eine Strafe von RM 20.000.-- festgesetzt. Zur Bezahlung dieser Summe (einschl. Kosten RM 20.105.--) wurden Wertpapiere bei der Firma H.M. Warburg & Co. realisiert. Strafe und Kosten sind an das Hauptzollamt Altona Hamburg im Dezember 1940 abgeführt worden.

Das Bankkonto in Riffhorn (Sparbuch mit RM 7.440.02) ist im Januar 1940 auf das Konto des Menke bei der Dresdner Bank in Hamburg übertragen worden.

Welche Einnahmen für Testamentsvollstreckergebühren (Forderung Olga Schütt, Leipzig) für Menke angefallen sind, ist hier nicht bekannt. Nach einem Schreiben des Arthur Menke vom 10. Juli 1941 hatte er aus einem "Nachlaß Dagobert Menkes Erben" RM 10.000.-- für seinen Bruder als dessen Treuhänder in Besitz. Dieses Geld sollte von ihm auf das Nachlaßkonto bei der Dresdner Bank Hamburg überwiesen werden. Dieses Konto soll später auf den Namen Hugo Menke Hamburg, Ostmarkstrasse 2, umgeschrieben worden sein.

Die Hypothekenforderungen sind für RM 6.370.- von einer Frau Margarete Sofia Niemeyer geb. Wüst, Hamburg, Husumerstr. 37, gekauft worden. Der Kaufpreis wurde im Juli 1941 für Arthur Menke bei der Fa. H.M. Warburg & Co. gezahlt.

Die Kunstsammlung des Arthur Menke war ursprünglich durch die Firma Schoopmann, Hamburg, auf RM 62.500.- geschätzt worden. Im Juli 1940 errechnete der amtliche Schätzer für Kunstsachen Carl Heumann den Gesamtwert mit rund RM 100.000.--. Bei der Deklaration seines Ausfuhrsgutes hatte Menke Stücke, die erst nach 1933 angeschafft waren, als Altbesitz angegeben. Dafür wurde er im Unterwerfungsverfahren mit RM 20.000.-- bestraft, die, wie oben bemerkt, an das Zollamt Altona bezahlt worden sind. Gegen der Mitnahme sonstigen Unzugsgutes waren RM 282.- am 8.8.40 von Konto bei der Dresdner Bank und am 18.4.41 RM 9.630.- von Konto bei H.M. Warburg & Co. KG. an die Dago bezahlt worden. Es ist hier nicht feststellbar, ob bei diesen Beträgen die Sammlung bereits berück-

sichtigt war. Das Umzugsgut ist seinerzeit durch die Firma Julius Schumacher, Hamburg, behandelt worden. Die Kunstgegenstände mußten unter Zollaufsicht bei dem Spediteur verpackt werden. Zur Versendung ins Ausland war aber eine besondere Genehmigung der Devisenstelle vorbehalten worden. Der allgemeine Hausrat und die persönlichen Sachen (Kleider, Wäsche etc.) sind nach einer Meldung der Fa. Julius Schumacher vom 26. Juli 1941 nach USA expediert worden. Eine Genehmigung zum Versand der Kunstsachen ist nicht erteilt worden. Weiter sollen noch 6 Kisten mit Kunstgegenständen aus kriegswichtigen Metallen in der Villa Willistrasse 3 gelagert haben, über deren Verbleib hier nicht zu ermitteln ist.

Am 20.8.1941 wurde die Sicherungsanordnung aufgehoben, da Arthur Menke inzwischen ausgewandert war. Nach einer Notiz bei den Akten vom 8. Januar 1942 ist nach der Auswanderung das gesamte im Inlande zurückgebliebene Vermögen des Arthur Menke einschl. der Kunstsachen staatspolizeilich sichergestellt worden. Es ist hier nicht bekannt, welche Dienststelle die Verwertung durchgeführt hat. Möglicherweise war das Finanzamt Berlin-Moabit damit befaßt; es wird angeregt, dort Rückfrage zu halten.

Das sonstige Umzugsgut soll über Schweden expediert worden sein. Am 5. Juli 1941 wurde der Firma H.M. Warburg & Co. KG. noch eine Genehmigung erteilt, RM 65.000.- für Menke zum Zwecke der Beschaffung von USA-Dollar für die Reise an die Bego zu überweisen, was anscheinend zur Durchführung gekommen ist.

Am 11. Juni 1941 hat Arthur Menke nochmals ein Verzeichnis seines damals vorhandenen Vermögens eingereicht. Er führt darin folgende Werte an:

RM 300.- Kasse im Hause
450.- Guthaben bei H.M. Warburg & Co.
107.415.- Wertpapiere bei H.M. Warburg & Co.
6.500.- Hypotheken, (die aber verkauft sind)
40.000.- Restkaufgeld für Grundstück Willistr., das bei der Auswanderung fällig sein sollte.

Von der Aufstellung der Wertpapiere wird anbei eine Abschrift übersandt. In dieser letzten Vermögensaufstellung fehlt die Kassenabrechnung.

Gold- und Silbersachen sind bei der Firma H.M. Warburg & Co. hinterlegt worden. Ein brauchbares Verzeichnis der Stücke ist nicht bei den Akten. Die Sachen sollen nach der Taxe des Juwel

J.Hilken RM 834.- wert gewesen sein, und sollten durch freie Devisen eingelöst werden. Wegen des Kriegsausbruches soll dieses Vorhaben aber nicht durchgeführt worden sein, so daß die Sachen bei der Ankaufes alle abgeliefert sein dürften. Hierüber ist nichts näheres zu ermitteln. Im Oktober 1940 sollen die Gegenstände noch nicht zur Verwertung an die Ablieferungsstelle gegeben gewesen sein.

In den Vermögenserklärungen des Arthur Menke befindet sich ein Posten, dessen Entstehung und Verbleib aus den Akten nicht geklärt werden kann. In der Erklärung vom 8.9.1939 erscheinen an letzter Stelle unter "sonstige Vermögenswerte" RM 96.500.--. In einer Zwischenerklärung vom 24.4.40, die hier nicht erwähnt wurde, weil sie nur in diesem Posten von der früheren abweicht, führt Menke eine Forderung gegen Max Weidmann, Blankenese, über RM 25.500.-- auf und in einer weiteren Erklärung vom 2.12.40 gibt er ausser den weiter oben behandelten Posten an:

Beteiligungen RM 26.000.--

Sonstige Vermögenswerte 62.500.--

Der letzte Posten von RM 62.500.-- bezieht sich möglicherweise auf die Kunstsammlung, dagegen ist über die RM 26.000.-- nichts festzustellen. Evtl. ist der Betrag mit der Forderung gegen Weidmann, Blankenese, identisch. In der letzten hier vorhandenen Erklärung vom 11.6.41 fehlt dieser Posten wieder.

Im Zusammenhange mit der Ausbürgerung und Vermögensschiebung sind von der Devisenstelle das im Inlande noch vorhandene Vermögen des Ehepaares Menke an die damalige Gestapo gemeldet worden und zwar:

Auf dem Auswandererkonto bei M.M. Warburg & Co. RM 16.977.-

In Wertpapieren 2 10,-/- Hamburger Staatsanleihe

In dieser Meldung ist der Posten von RM 25.500.-- bzw. RM 26.000.-- ebenfalls nicht erwähnt.

Sollten diese Beträge im Rückerstattungsverfahren reklamiert werden, so dürfte es sich empfehlen, von den Berechtigten zunächst den Nachweis zu verlangen, daß die Forderung gegen den ursprünglichen Schuldner heute nicht mehr besteht.

Bevollmächtigte des Menke waren:

Dr. Wilhelm Floss, Hamburg, Papenhuderstr.16 und

Fritz M. Scharlach, i/Fa. Scharlach & Co., Hamburg, Königstr.15.

Die vorstehenden Ausführungen sind auf Grund der bei den Akten befindlichen Korrespondenzen und Genehmigungen gemacht worden. Da, wie wiederholt bemerkt wurde, Devisengenehmigungen keinen Nach-

weis bilden, daß das genehmigte Geschäft ausgeführt worden ist, ist es erforderlich, Bankinstitute zur Ergänzung heranzuziehen.

Es befindet sich bei den Akten eine sehr lange Liste über die Kunstsammlung. Sollte diese Liste dort noch nicht vorhanden sein, so wird um deren Nachträgliche Anforderung gebeten.

Im Auftrag

(Bentlage)

P/